

Bitte
ausreichend
frankieren

**Alternative für
Deutschland**
Bundesgeschäftsstelle
Schillstraße 9
10785 Berlin

Ja, ich habe Interesse an der AfD!

- Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu
 Bitte senden Sie mir das AfD-Programm zu

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Fax-Zusendung an: 030-220569629

Mitmachen. Mitentscheiden.
Mitglied werden.
www.afd.de/mitmachen

Bleiben wir in Kontakt!

Mehr über die Arbeit der AfD finden Sie unter:

www.afdkompakt.de

www.facebook.com/alternativfuerde

www.facebook.com/afdkompakt

www.twitter.com/afd

www.twitter.com/afdkompakt

Youtube: www.afdkompakt.tv

**Das gesamte Europawahlprogramm
der AfD finden Sie unter:**

www.afd.de/europawahlprogramm

Wir freuen uns über Ihr Interesse,
mit uns Politik neu zu gestalten.

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende!

www.afdspenden.de

paypal@alternativfuerde.de

Bankverbindung für Ihre Spende
**Alternative für Deutschland
Berliner Volksbank**

IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20

BIC: BEVODEBB

Bitte geben Sie im Betreff mit an:
Spende + vollständige Adresse bzw. Mitglieds-ID



afdspenden.de

V.i.S.d.P.: Alternative für Deutschland (AfD), vertreten durch die Bundessprecher
Prof. Dr. Jörg Meuthen und Dr. Alexander Gauland, Schillstraße 9,
10785 Berlin, Deutschland

afd.de



GRENZSCHUTZ & MIGRATION

Wir bestimmen selbst, wer zu uns kommt.



Am 26.5. die
**Alternative
wählen!**

AfD

AUS LIEBE ZU DEUTSCHLAND
FREIHEIT STATT BRÜSSEL



Für einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik der EU

Im Gegensatz zur in der ‚Charta der Grundrechte‘ postulierten „Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas und der nationalen Identität der Mitgliedsstaaten“ betreibt die EU eine **Immigrationspolitik**, die die europäische Zivilisation in Gefahr bringt.

In Afrika werden bis 2050 etwa 800 Millionen Menschen mehr leben als heute. Hunderte Millionen nach Europa Auswanderungswilliger werden erwartet.

Eine Öffnung Europas für Zuwanderung aus anderen Kontinenten würde in kurzer Zeit zur **Marginalisierung der einheimischen Bevölkerungen** führen. Von dieser Entwicklung wird Deutschland als Europas stärkster Wirtschafts- und Sozialstaat besonders betroffen sein.

Die AfD im Europaparlament möchte die Einwanderung begrenzen und so steuern, dass die Identität europäischer Kulturnationen gewahrt bleibt.

Unsere nationale Souveränität bei Asyl und Zuwanderung wiederherstellen

Jeder souveräne Staat hat das Recht, eigenverantwortlich über Art und Umfang der Zuwanderung in sein Land zu entscheiden. Mit diesem Selbstbestimmungsrecht der Völker sind die UN-Abkommen „Migrationspakt“ (GCM) und „Globaler Flüchtlingspakt“ (GCR) nicht vereinbar, weshalb die USA und andere Staaten den Abkommen nicht beigetreten sind.

Die AfD fordert den Austritt aus dem „Migrationspakt“ und „Flüchtlingspakt“!

Aufnahmequoten, wie sie die EU für ihre Mitgliedsstaaten vorsieht, dürfen nicht eingeführt werden.

Das angestrebte **Gemeinsame Europäische Asylsystem („GEAS“)** lehnen wir ab.

Die AfD erteilt der „EU-Migrationsagenda“, d. h. der großen Umsiedlung von Menschen aus Drittstaaten nach Europa („Resettlement“) eine Absage.

Die AfD im Europaparlament ist gegen Aufnahmequoten für Flüchtlinge in der EU!

Das System der internationalen humanitären Hilfe neu denken

Asyl ist ein Gastrecht auf Zeit. Das Asylsystem und die Genfer Flüchtlingskonvention waren nie als Steuerungsinstrument für Masseneinwanderungen gedacht und leisten Vorschub für Asyl-Missbrauch.

Die AfD im Europaparlament fordert, das Asylrecht den globalen Migrationsströmen anzupassen.

Die Aufnahme von Menschen in Deutschland sollte auf freiwilliger Basis durch Entscheidung des Bundestages erfolgen. Rechtsbrecher und Terroristen haben keinen Anspruch auf Schutz.

Remigrations-Programme helfen wirkungsvoller als Umsiedlungsprogramme

Die millionenfache Aufnahme durchsetzungsfähiger Menschen in Europa beraubt die Herkunftsstaaten jener Leistungsfähigen, die sie zum Aufbau ihrer Länder benötigen.

Deshalb fordert die AfD die internationale Zusammenarbeit bei der heimatnahen Versorgung von Flüchtlingen und den Aufbau von Schutzzentren vor Ort, wodurch bei vergleichbaren finanziellen Aufwendungen wesentlich mehr Schutzbedürftigen geholfen werden kann.

Die AfD im Europaparlament fordert die Hilfe vor Ort statt Förderung von unbegrenzter Zuwanderung!

EU soll vorrangig administrative Hilfe für die Mitgliedsstaaten leisten

Die EU sollte sich im Wesentlichen auf die operative Hilfe für die Mitgliedstaaten bei Abschiebungen sowie bei Verhandlungen über Rückführungsabkommen mit den Herkunftsstaaten beschränken.

Die Praxis der Grenzschutzagentur Frontex, auf See aufgegriffene Menschen mit Migrationsziel Europa in die EU weiter zu transportieren, verkehrt den Zweck der Grenzschutzagentur. Die Sicherung der EU-Außengrenzen sind in erster Linie wieder von den jeweiligen Staaten vorzunehmen.

Entwicklungshilfe, die Gewährung von Visa sowie den Marktzugang in die EU wollen wir auf Staaten beschränken, die ihre abzuschiebenden Staatsbürger zurücknehmen und keine Fluchtgründe verursachen.

Das **Einschleusen von Drittstaaten** in die EU durch Nichtregierungsorganisationen ist als schwere Straftat zu verfolgen.

Die AfD im Europaparlament ist dafür, dass Entwicklungshilfe nur Staaten erhalten sollen, die Ihre Staatsbürger zurücknehmen.

Keine EU-Freizügigkeit in unsere Sozialhilfe

Die europäische Personenfreizügigkeit hat zu massiven **Wanderungsbewegungen innerhalb der EU** aus den ärmeren in die reicheren Staaten geführt. Viele EU-Bürger zieht es nach Deutschland, um Sozialhilfe zu erhalten.

Die schwachen Regelungen der Freizügigkeitsrichtlinie der EU sind unzureichend, um den Missbrauch des großzügigen deutschen Sozialsystems zu verhindern.

Wir fordern eine Einschränkung der EU-Personenfreizügigkeit dahingehend, dass die aufnehmenden Staaten die EU-Zuwanderung in ihr Land nur für Personen zulässt, die selbst für sich sorgen können.

Die Türkei gehört nicht in die EU

Einen EU-Beitritt der Türkei, Visa-Erleichterungen oder -Freiheit für türkische Staatsbürger lehnt die AfD ab. Türkische Staatsangehörige genießen hierzulande eine ausländerrechtliche Bevorzugung und haben bisher die Möglichkeit der Krankenmitversicherung von Eltern nach dem Sozialversicherungsabkommen. Diese Privilegien müssen entfallen.

Die AfD im Europaparlament fordert von der EU ein Unterbinden von Armutszuwanderung und ein Ende der Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme.



„Die EU-Grenzen funktionieren nicht mehr. Nationaler Schutz unserer Grenzen ist deswegen zwingend.“

Prof. Dr. Jörg Meuthen